



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 943, TEL.: 51064, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF. MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSE-ETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

7. Februar
4/77

SHB und MSB verloren beherrschende Stellung

Noch völlig offen ist, welche Koalition künftig den ASTA der Universität Oldenburg bilden wird, nachdem der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und der MSB Spartakus ihre bisher unbestritten führende Stellung verloren haben.

Beide Gruppen mußten, nicht unerwartet, erhebliche Verluste hinnehmen - offensichtlich zugunsten der erstmals kandidierenden Basisgruppe Projektinitiative, die auf Anhieb mit 26,7 Prozent der Stimmen und 14 Sitze zur stärksten Fraktion des Parlaments avancierte, und der Juso-Hochschulgruppe, die im ersten Anlauf 15,6 Prozent und acht Sitze für sich verbuchte. Dabei kam die hohe Wahlbeteiligung von 51,8 Prozent - weit über bundesdeutschen Durchschnitt - den beiden neuen Gruppen zugute, denn SHB und MSB büßten absolut nur wenig Stimmen ein. Der SHB etwa 90 und der MSB etwa 30.

Zu den Verlierern der Wahl gehören auch der Liberale Hochschulverband (LHV), dessen Stimmenanteil von 18,2 Prozent auf 12,3 Prozent absackte, und der vom Kommunistischen Studentenbund (KSB) getragene "Demokratische Liste", die mit 1,5 Prozent nicht einmal mehr einen Kandidaten ins Parlament schicken kann. Der Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) errang zwar zwei Sitze,

konnte aber mit 5,0 Prozent der Stimmen nicht das Ergebnis der nicht mehr für das Studentenparlament kandidierenden Unabhängigen Hochschulgruppe (UHG) erreichen.

Daß der SHB und der MSB Spartakus mit erheblichen Verlusten rechnen mußten, war spätestens Donnerstagabend mit Abschluß der Wahlen zum Konzil und zu den Fachbereichsräten klar.

In den Fachbereichen I, II und III hatte sich die Basisgruppe Projektinitiative als jeweils stärkste Gruppe nach Auszählung der Stimmzettel erwiesen. Bei der Wahl zum Konzil erhielten zwar der SHB und MSB bei einer Wahlbeteiligung von 27,28 % knapp die absolute Mehrheit, jedoch konnte sich die Juso-Hochschulgruppe mit 27,4 Prozent der Stimmen als zweitstärkste Fraktion behaupten. Einen starken Einbruch erlebte auch der LHV, dessen Anteil sich von 23,3 Prozent auf 14,5 Prozent reduzierte. Keine Rolle spielt mehr die UHG, die lediglich 1,9 Prozent der Stim-

Fortsetzung Seite 3

Diplom-Ordnung angepaßt

In den wesentlichen Punkten hat der Senat auf seiner letzten Sitzung Änderungsvorschlägen zugestimmt, die den vom Wissenschaftsministerium (MWK) verlangten Änderungen zum 2. Entwurf der Diplom-Prüfungsordnung (siehe uni-info 2/77) Rechnung tragen. Die Änderungswünsche des MWK betrafen vorwiegend die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse (Mitwirkung der Studenten), die prüfungsabschichtenden Leistungsnachweise, die schriftliche Arbeit, sowie die Stellung der Prüfer und Gutachter.

Der Senat stimmte mehrheitlich einer Besetzung des Prüfungsausschusses der Diplomstudiengänge mit drei Hochschullehrern, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie einem Studenten zu, wobei der Student kein Stimmrecht hat. Der Forderung des MWK nach einer Einschränkung der Wiederholungsmöglichkeiten bei studienbegleitenden Leistungsnachweisen wurde vom Senat insofern entsprochen, als sie einmal am gleichen Prüfungsgegenstand wiederholt werden können. Da die Leistungsnachweise in der Diskussion nach Studienbereichen unterschiedlich beurteilt wurden, überließ der Senat die nähere Bestimmung der Kompetenz der Fachbereiche, d. h. in den fachspezifischen Anhängen wird die nähere Regelung der Leistungsnachweise geklärt.

Gegen die Stimmen der Studenten wurden so die von der Senatsarbeitsgruppe vorgelegten Änderungsvorschläge im wesentlichen angenommen. Der Allgemeine Teil der Diplom-Prüfungsordnung wird jetzt in den Fachbereichen abschließend beraten und mit den studiengangsspezifischen Anhängen dem Ministerium erneut vorgelegt. Inzwischen hat der Fachbereich IV die Senatsvorlage abgelehnt.

Forschung

Auf seiner letzten Sitzung hat der Senat alle Fachbereiche aufgefordert, zu Forschungsschwerpunkten sowie zu Vorstellungen zur Forschungsorganisation Vorlagen zu erstellen, auf deren Grundlage dann im Senat eine Grundsatzdiskussion geführt werden soll.

Ergebnisse der Wahlen zum StuPa (vorläufig)

Listen	1977		1976	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
Basisgruppe Projektinitiative	26,71	14	-	-
SHB	24,44	13	37,7	20
Juso-Hochschulgruppe	15,56	8	-	-
MSB-Spartakus	12,62	7	18,3	9
Liberaler Hochschulverband	12,53	6	18,2	9
RCDS	5,03	2	-	-
Demokratische Liste/KSB	1,52	-	13,0	6
UHG	-	-	12,6	6
Einzelkandidat	-	-	-	-
Ronald Drechsler (NHB)	0,52	-	-	-
Wahlbeteiligung: 51,8 %			Wahlbeteiligung: 42,9 %	

ELAB-Gesetzentwurf ein Torso

Wie bereits berichtet, hat der Minister für Wissenschaft und Kunst Ende Januar der Universität Oldenburg einen Referentenentwurf für ein Gesetz "Gesetz zur vorläufigen Regelung der einphasigen Lehrerausbildung und eines öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses" zur Stellungnahme zugesandt. Obwohl der Gesetzentwurf beansprucht, "die notwendigen Grundsätze der einphasigen Lehrerausbildung und des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses" im 3. Studienabschnitt "vorläufig zu regeln", kann er faktisch nur als Torso bezeichnet werden - zumal in der Begründung erklärt wird, daß auf eine endgültige, "voll-gesetzliche" Regelung der ELAB verzichtet werde. Diese Auffassung vertreten zu mindest Professor Wolfgang Nitsch und der Planer Richard Stinshoff, die den Entwurf auf seine Folgen für die ELAB an der Universität hin, im nachfolgenden Text untersuchen.

Gerade die zentralen, unabdingbaren Strukturmerkmale der ELAB, die einer gesetzlichen Regelung bedürfen, werden in dem Entwurf total ausgeklammert:

- Die Kontaktlehrer und anderen mitwirkenden Lehrer,
- die grundsätzliche Klärung der Aufgaben und Zuständigkeiten von Universität und Schule,

- formale, organisatorische und inhaltliche Kriterien, deren Einhaltung die im Beamtenrechtsrahmengesetz (§ 14 a) vorgeschriebene Gleichwertigkeit der einphasigen Lehrerausbildung im Vergleich zur zweiphasigen Ausbildung gewährleistet.

Der Verzicht "auf eine vollgesetzliche Regelung der einphasigen Lehrerausbildung und des hierfür notwendigen Zusammenwirkens von Hochschule und Schule" (und damit auch der bisher zwischen Universität und Schulverwaltung ungeklärten und strittigen Frage, wo die Dienst- und Fachaufsicht der Schulbehörden in Unterrichtsvorhaben der Universität ihre Grenze findet), wird mit dem "Erprobungscharakter der einstufigen Lehrerausbildung" begründet; gleichzeitig enthält der Gesetzentwurf jedoch eine umfassende "Ermächtigungsgrundlage" für Verordnungen und Erlasse der Exekutive, um "die während der Erprobung gewonnenen Erkenntnisse und die praktischen Erfahrungen mit der einphasigen Ausbildung durch rasche Umsetzung in Rechtsnormen sinnvoll" verwerten zu können.

Vor allem im Interesse der Mitglieder der Universität als der Hauptbetroffenen muß das Einräumen eines derart weitgehenden Handlungsspielraums für die Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung kritisiert werden, eröffnet er doch den Verwaltungsinstanzen die Möglichkeit, die gegenwärtig noch bestehenden und praktizierten Grundlagen der Ausbildungsstruktur der ELAB durch entsprechende Verordnungen oder Erlasse beliebig zu verändern.

Ferner fällt auf, daß vor allem fast alle haushaltswirksamen Elemente der ELAB nicht gesetzlich abgesichert werden sollen, offenbar um zu verhindern, daß sie eingeklagt werden können:

- der Planstellenausgleich für Kontaktlehrerstundenverlagerungen,
- die für die Betreuung der Studenten in den berufspraktischen Ausbildungsan-

teilen zusätzlich erforderliche Lehrdeputatskapazität der Lehrenden der Universität,

- die Betreuungsdichte (Kontaktlehrer-Studentenrelationen) in der berufspraktischen Ausbildung, obwohl diese neuerdings im Vorbereitungsdienst der zweiphasigen Lehrerausbildung aufgrund eines Gesetzes durch Verordnung quantifiziert wird,

- Reisekosten für die Teilnehmer an Erkundungs- und Unterrichtsvorhaben im 1. und 2. Studienabschnitt sowie die für die Betreuung dieser Vorhaben zum Teil erforderliche Schaffung von Außenstellen der Universität.

So erstaunt es kaum noch, wenn der Gesetzentwurf nicht die Gleichwertigkeit der Ausbildung - wie im § 14 a BRRG gefordert - sondern nur die inhaltliche und quantitative Gleichwertigkeit der Prüfung gesetzlich festlegen will. Ohne ein Minimum an landesgesetzlicher Ausgestaltung dessen, was Gleichwertigkeit der Ausbildung heißen soll, bleibt diese Vorschrift des BRRG jedoch weitgehend wirkungslos.

In den zuständigen Ministerialverwaltungen des Landes Niedersachsen versteht man offenbar im Unterschied zu der mit dem Bund vereinbarten strukturellen Planung des Versuchs ELAB diesen allenfalls noch verbal als Erprobung eines wissenschaftlich begründeten, in seinen Zielen klar definierten und rechtlich entsprechend abzusichernden Modells der Lehrerausbildung. In Wirklichkeit aber nutzt man die ELAB als ein permanent wandelbares fiskalisches und bürokratisches Experimentierfeld für die ökonomische Rationalisierung und politische Kontrolle der Lehrerausbildung; besondere Hinweise dafür sind:

- die Festlegung einer Regelstudienzeit in Vorwegnahme eines an die Prinzipien des Hochschulrahmengesetzes angelehnten niedersächsischen Hochschulgesetzes,
- die Festlegung einer politischen Voraussetzung für den Eintritt in das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis, wobei die Feststellung des Tatbestandes, "wer die freiheitlich demokratische Grundordnung zu diesem Zeitpunkt in strafbarer Weise bekämpft", durch die Einstellungsbehörden erfolgt,

Plakate nicht mehr wahrgenommen

Ohne größere Reaktion ist eine Aktion von Kunststudenten und -studentinnen des Graffiti-Seminars geblieben, in deren Verlauf überholte Plakate von den Wänden abgenommen und durch weiße Blätter mit dem Vermerk "Hier hing bis jetzt ein terminlich überholtes Plakat" ersetzt wurden. Nach Angaben der Studenten sollte die Aktion einen Denkanstoß geben, "mal über unser Miteinandergehen, unsere Abgestumpftheit nachzudenken" denn die Informationen des Plakatedurchscheinens in der Universität werde nicht mehr wahrgenommen. Dabei hatten die Studenten des Graffiti-Seminars ursprünglich selbst durch Wandbeschriftungen "als legales Mittel der Meinungsäußerungen" die mitunter unübersehbare Informationsflut an den Außen- und Innenwänden forcieren wollen. Durch eine Einzelaktion eines Studenten und dem darauf folgenden Gespräch mit Arbeitern und Raumpflegerinnen kamen sie jedoch zu dem Ergebnis, daß es nicht darum gehen könne "eine Form der Meinungsäußerung gegen eine andere auszutauschen bzw. zu ergänzen, denn nach kurzer Zeit würde voraussichtlich auch durch umfangreiche Beschriftung dieser Art kein Mensch mehr durch die Informationen durchblicken". Das Graffiti-Seminar findet donnerstags 9-11 Uhr im Atelier I statt.

- ein generelles Gebot der Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Rhetorik während der gesamten Dauer des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses; dies erscheint insbesondere insofern rechtlich bedenklich, als der Student im 3. Studienabschnitt sich nicht in einem Beamtenverhältnis befindet, auf das allein der solche Mäßigung fordernde § 61 Abs. 3 des Niedersächsischen Beamtengesetzes anzuwenden wäre.

Schließlich setzt der Entwurf einen haushalts- und personalrechtlichen Ausnahmezustand fort, indem er die Ausrichtung der ELAB auf Stufenlehrämter festlegt, aber in seiner Begründung gleichzeitig auf ein zumindest bis zum 30. 6. 77 geltendes bundesgesetzliches Verbot hinweist, die entsprechenden besoldungsrechtlichen Regelungen zu treffen. Vermutlich werden die ersten Absolventen erst nach dem Abschluß ihrer Ausbildung erfahren, welche besoldungsrechtlichen Ansprüche sich im Falle ihrer Einstellung aus ihrem jeweiligen Lehramtsabschluß ergeben.

6.800 Studienplätze bis 1985?

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat in einer Dienstbesprechung mit der Universitätsleitung erstmals die von der neuen Landesregierung beabsichtigten Vorstellungen zum Ausbau der Universität Oldenburg vorgelegt. Danach soll die Studienplatzzielzahl bis 1985 geringfügig erhöht werden - von 5.800 auf 6.800. Eine Erweiterung des Ausbildungsangebotes könnte nach Ansicht des Ministeriums in der Einrichtung eines Studiengangs Pharmazie mit 500 Studienplätzen liegen. Weitere 500 Studienplätze sind als Aufstockung in den naturwissenschaftlichen Studiengängen gedacht.

Die Erreichung der Zielzahl von 6.800 Studienplätzen bis 1985 steht allerdings unter einem Finanzierungsvorbehalt der Landesregierung. Bis 1980 ist ein Anstieg der Studienplätze auf rund 5.800 verbindlich zugesagt. In einer ersten Stellungnahme zur neuen Ausbauperspektive erklärte der Rektor der Universität Oldenburg, Professor Rainer Krüger: "Wir begrüßen Anzeichen eines Aufwärtstrends in der Entwicklung der Universität, halten aber nach wie vor die Begrenzung der Zielzahl auf 6.800 Studienplätze für bildungs- und strukturpolitisch nicht vertretbar. Die Einbeziehung des Studiengangs Pharmazie in das Ausbildungsangebot der Hochschule ist als konstruktiver Vorschlag des Ministeriums zu werten. Um so bedauerlicher ist es, daß der auch von öffentlichen Institutionen des Nordwest-Raums gewünschte Fachbereich 'Jura' nicht in Oldenburg verwirklicht werden soll, obwohl erhebliche Standortvorteile dafür sprechen".

Weiter führte Krüger aus, daß Studienplatzzielzahlen allein noch keine dringend benötigten Bauten entstehen lassen. Die Universität fordere deshalb die Landesregierung auf, bei den bevorstehenden Anmeldungen zum 7. Rahmenplan neben den bisher gesicherten Baumaßnahmen in jedem Fall auch die Mensa zu berücksichtigen. Ferner dränge die Zeit, umgehend im Landtag einen Vertragsabschluß mit der Niedersächsischen Hochschulbaugesellschaft herbeizuführen, in dem für wichtige Baumaßnahmen Mittel bereitgestellt werden.

NWK lehnen Diskussion ab

Die Betriebsdirektion Oldenburg der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) hat eine vom Fachbereich IV vorgeschlagene öffentliche Podiumsdiskussion zum Bau von Atomkraftwerken abgelehnt. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Fachbereiches IV, Professor Thomas Höpner, heißt es, die vom Fachbereich IV vorgeschlagene öffentliche Informa-

tionsveranstaltung über Kernenergie könne bei realer Einschätzung der Situation nicht der Information interessierter Studenten oder anderer dienen, sondern würde lediglich ein Schlagabtausch konträrer Meinungen werden. Sie könne, so die Kraftwerke weiter, auf keinen Fall zu einem irgendwie gearteten wissenschaftlichen Ergebnis führen, da auch der Fachbereich nicht verhindern könne, daß derartige Veranstaltungen bewußt im Sinne einer Minderheit umfunktioniert würde. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: "Darüber hinaus findet der Dialog mit Bürgern, Professoren des Fachbereiches IV und unseren Ingenieuren bereits auf zahlreichen Veranstaltungen statt, die noch die Gewähr einer Information geben".

Wahlen...

Fortsetzung von Seite 1

men auf sich vereinigen konnte und damit das Feld dem RCDS überließ, der jedoch ebenfalls kaum mit 5,8 Prozent zufrieden sein dürfte. Bei den anderen Statusgruppen gab es in diesem Umfang keine Verschiebung. Lediglich der linkssozialdemokratisch orientierte Hochschulpolitische Arbeitskreis Oldenburg (HAKO) vermochte bei den Hochschullehrern der "Liste Demokratische Hochschule" (früher Schulenberg-Liste) zehn Punkte abzunehmen, was allerdings an der unangefochtenen führenden Position der "Liste Demokratische Hochschule" nichts änderte. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern gingen die Gewinne des HAKO, dessen Mitglieder allerdings mit mehr Stimmen gerechnet hatten, zu Lasten der Linken Liste, die diesmal nur etwa 29 Prozent erreichte.

Ergebnisse der Wahlen zum Konzil (vorläufig)

1977			1975 *)		
HOCHSCHULLEHRER	Wahlbeteil.: 97,4 %		HOCHSCHULLEHRER	Wahlbeteil.: 94,4 %	
Demokratische Hochschule	48,2 %	12 Sitze	Schulenberg	58,8 %	14 Sitze
Linke Liste	26,3	6	Linke Liste	25,0	6
HAKO	14,3	3	-	-	-
Pieper	11,4	3	BdWi	17,6	4
WISS.MITARB.	Wahlbeteil.: 86,3 %		WISS.MITARB.	Wahlbeteil.: 87,3 %	
Linke Liste	28,96 %	7 Sitze	Linke Liste	38,6 %	9 Sitze
Büttemeyer	26,2	7	Büttemeyer	24,0	6
BdWi	26,2	6	BdWi	32,3	8
HAKO	18,6	4	-	-	-
-	-	-	Demokr. Liste	5,0	1
SONST.MITARB.	Wahlbeteil.: 51,96 %		SONST.MITARB.	Wahlbeteil.: 77,7 %	
ÖTV	68,8 %	11 Sitze	ÖTV	63,2 %	10 Sitze
DAG	31,6	5	Unabh.Wählergr.	36,8	6
STUDENTEN	Wahlbeteil.: 27,28 %		STUDENTEN	Wahlbeteil.: 16,76 %	
SHB/Juso	30,1 %	8 Sitze	SHB	37,3 %	9 Sitze
Juso-HSG	27,4	7	-	-	-
MSB Spartakus	20,4	5	MSB Spartakus	24,0	6
LHV	14,5	3	LHV	23,3	6
RCDS	5,8	1	-	-	-
UHG	1,9	-	UHG	15,3	3

*) Bei den Studenten handelt es sich um das Ergebnis des Jahres 1976. Studenten wählen ihre Vertreter in die Gremien jährlich, die anderen Statusgruppen alle zwei Jahre.

Keine Verbesserung der Haushaltslage im Jahr 1977

Trotz einer voraussichtlichen Steigerung des Haushaltsvolumens für das Jahr 1977 um fast 13 Prozent wird sich die Lage der Universität Oldenburg kaum verbessern - in einigen Bereichen angesichts höherer Studentenzahlen sogar noch verschlechtern. Der Entwurf des Kassenanschlages sieht ein Volumen von fast 36 Millionen Mark vor - etwa vier Millionen Mark mehr als im vergangenen Jahr.

Protest wird die Universität insbesondere dagegen erheben, daß die Titelgruppe 71 "Lehre und Forschung", aus der der Geschäftsbedarf, Reisekosten usw. für die Fachbereiche gedeckt werden soll, keine Steigerung erfahren hat, was zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht nur der Hochschullehrer führt.

Auch beim Stellenhaushalt sieht es nicht viel besser aus. Lediglich sieben Stellen für die Zentrale Einrichtung technisch-wissenschaftlicher Anlagen (ZETWA), eine Stelle für das Rechenzentrum und fünf Stellen für die Bibliothek sowie zwei Hochschullehrerstellen tragen nur geringfügig zur Entspannung der Lage bei - zumal vier Hochschullehrerstellen eingezogen wurden. Das Stellendefizit im Wissenschaftsbereich kann auch nicht durch die eher bescheidene Anhebung der Titelgruppe Lehraufträge um 45.700 auf 155.700 Mark und die Steigerung der Beschäftigungsentgelte für wissenschaftliche Hilfskräfte von 900.000 auf 990.000 Mark ausgeglichen werden.

Uni hat Interesse an Max-Planck-Institut

Die Universität Oldenburg wird sich verstärkt um die Laborräume des Max-Planck-Instituts (MPI) in Wilhelmshaven kümmern, das demnächst an einen anderen Ort verlegt wird. In einem Beschluß hat der Senat den Rektor beauftragt, gemeinsam mit Vertretern des Fachbereiches IV die Interessen der Universität mit Nachdruck zu vertreten. Gleichzeitig forderte der Senat den Fachbereich auf, möglichst umgehend konkrete Vorstellungen zur Nutzung des Institutes durch die Universität Oldenburg vorzuschlagen.

Um das Max-Planck-Institut in Wilhelmshaven, das über ausgezeichnete Laboranlagen verfügt, bemüht sich nicht nur die Universität Oldenburg, sondern auch

Immerhin bleibt in einigen Detailbereichen Erfreuliches zu vermelden. So können Dienstleister und Hochschullehrer hoffen, demnächst weniger häufig bei Ferngesprächen unterbrochen zu werden, da jetzt 188.800 Mark - etwa 44.000 Mark mehr als ein Jahr zuvor - fürs Telefonieren ausgegeben werden dürfen. Die Zuweisung von zusätzlichen 90.000 Mark für die Mieten und Pachten erscheint nur auf den ersten Blick hoch - doch reicht dieser Betrag nicht einmal dafür aus, Flächen in einer Größenordnung anzumieten, wie sie sich aus dem Stellenbestand 1976 ableiten ließen. Höchst unerfreulich für die Studenten ist u. a. die Aussicht, demnächst mehr für das Vorlesungsverzeichnis ausgeben zu müssen. Mit 35.000 anstatt 40.000 Mark soll das Verzeichnis künftig nur noch bezuschußt werden. Unklar bleibt auch trotz anderer Aussagen, ob Exkursionen wenigstens im gleichen Umfang wie im vergangenen Jahr gefördert werden. Denn zunächst sollen der Universität nur 9.000 Mark überwiesen werden. 27.000 Mark wies der letztjährige Haushalt aus.

verschiedene andere Institutionen. Für den Fachbereich IV wären die Laborflächen von besonderem Interesse, da sich hier Arbeitsgruppen gebildet haben, die Forschungs- und Untersuchungsarbeiten über Küstengewässer, Ästuarien (trichterförmige Flußmündungen) und Umweltprobleme des Nordwestraumes durchführen. Diese Forschung steht durchaus in einem Zusammenhang mit einem Vorschlag des Leiters des Senckenberg-Instituts Wilhelmshaven, Dr. Reineck, der empfohlen hatte, aus dem MPI ein interdisziplinäres Institut für "Stoffkreisläufe und marine Umwelt" zu machen. Umstritten ist im Fachbereich, welche Strukturen und Organisationsformen eine solche Institution der Universität haben könnte.

Berufsverbote

In einer Petition wandten sich annähernd 20 Organisationen der Oldenburger Patenstadt Brügge an die verantwortlichen Stellen in der BRD mit der Forderung nach Aufhebung der Berufsverbote und appellierten im Rahmen der patenschaftlichen Beziehungen Brügges zu Oldenburg gleichzeitig an den Rat der Stadt, sich konsequent gegen die Berufsverbote auszusprechen.

Personalien/Personalnotizen

DIETER SVEN LAURIEN ist als Konsolopereur im Rechenzentrum eingestellt worden.

WILHELM BÜTTEMEYER, Wiss. Ass. für Philosophie im FB I, hat auf Einladung der Domus Galilaeana in Pisa auf einer Tagung zur Geschichte der italienischen Psychologie am 29. und 30. Januar einen Vortrag über wissenschaftstheoretische Aspekte im Psychologiekonzept des Philosophen Roberto Ardigos gehalten.

ADOLF ZIMMER, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Regensburg ist zum wissenschaftlichen Rat und Professor für "Allgemeine Psychologie mit dem Schwerpunkt Methodenlehre" ernannt worden.

FRIEDRICH BADER, bisher wissenschaftlicher Angestellter in der Zetwa, ist zum Akademischen Rat ernannt worden.

Ausschreibungen

ZETWA, drei wissenschaftliche Hilfskraftstellen. Aufgabengebiet: Laborglas- und Zuhörlager (46 Std.), Technisches Zeichnen (46 Std.) und wiss.-techn. Beschaffungswesen (46 Std.). Bewerbungen von Interessenten, die möglichst eine Vorbildung nachweisen sollten, sind bis zum 16. Februar 77 bei W. Brandorff (AVZ 1-464) abzugeben.

FACHBEREICH I (Lehramt Sport), drei wissenschaftliche Hilfskraftstellen. Aufgabengebiet: Volleyball (2 Std.), Segeln (4 Std.) und Klavierbegleitung. Bewerbungen bis 18. Februar an H. Matschuck (Uni-Postfach FB I).

Der Bewerbungsschluß für die bereits im uni-info 2/77 ausgeschriebenen Tutorienstellen im Fachbereich I ist endgültig für Montag, den 14. Februar 77, 12 Uhr festgesetzt worden.

Dieser Termin gilt ebenfalls für die Bewerbungen um WiHi-Stellen (technische Aufgaben).

Termine

DONNERSTAG, 10.2.77, 9.00 Uhr, VG 108, Gastvortrag eines Mitarbeiters des Landesarbeitsamtes Bremen/Niedersachsen, zum Thema: "Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Instruments der beruflichen Förderung (Fortbildung und Umschulung) unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation."

FREITAG, 11.2.1977, 9-14 Uhr, Anhörungen "Statistische Methodenlehre". Richard Vahrenkamp (Karlsruhe), Klaus Haag (München), Bernd Leiner (Heidelberg), Hans Peter Litz (Berlin), Klaus Reeh (Saarbrücken).

Spieltherapie

Die Studiengangplanungskommission "Spiel- und Bewegungstherapie" hat ihre Arbeit formell eingestellt, da eine gezielte Kommissionsarbeit vor allem durch Unterstützung von Lehraufträgen, Gastvorträgen und Exkursionen aufgrund fehlender Haushaltsmittel derzeit nicht möglich ist. Einen entsprechenden Beschluß der Kommission hat der Senat zur Kenntnis genommen.